

## Internationaler Frauentag – 08. März 2009



Am 19. Januar 1919 durften Frauen zum ersten Mal wählen und durften gewählt werden.

Der 08. März 2009 bedeutet auch 90 Jahre Frauenwahlrecht. 60 Jahre ist der Gleichstellungsartikel im Grundgesetz alt und seit 50 Jahren gibt es das Gleichberechtigungsgesetz.

Meilensteine für die Gleichstellung von Frauen aber vieles liegt noch im Argen.

Es gibt zwar formale Gleichstellung in Deutschland aber viele unserer Forderungen haben sich nicht durchgesetzt oder drohen in der jetzt großen globalen Krise wieder unterzugehen.

1911 wurde von Klara Zetkin der Internationale Frauentag ins Leben gerufen. Mühsam mussten damals die Frauen für das allgemeine Wahlrecht kämpfen. 1919 wurde es Gesetz, aber immer noch kämpfen Frauen um die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie kämpfen für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, für existenzsichernde Einkommen und Renten, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Sozialisten Lilli Braun forderte zum Ende des 19. Jahrhunderts „Wir verlangen die Anwendung der Prinzipien des modernen Staates, der allgemeinen Menschenrechte auch für die andere Hälfte der Menschheit, die Frauen“.

Noch im Mai 1918 lehnten nach dem 1. Weltkrieg die Junker, die Industriellen und die militärische Aristokratie im preußischen Abgeordneten Haus das gleiche Wahlrecht für alle Bürger, auch das der Frauen, ab. Erst als im Herbst 1918 die Deutsche Republik ausgerufen wird, werden Weichen für das Frauenwahlrecht gestellt.

Im Artikel 109 Abs. 2 der Weimarer Verfassung steht dann endlich Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten und im Januar 1919 dürfen Frauen erstmalig wählen.

In das deutsche Parlament ziehen erstmals 41 weibliche Abgeordnete ein. Dies ist kein schlechter Anfang und auch heute fordern wir nichts außergewöhnliches, wir wollen die geschlechtergerechte Teilhabe und das muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Frauen wollen endlich gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit. Noch heute verdienen in Deutschland Frauen zwischen 20 und 30 % weniger als Männer.

Es gibt noch immer die mittelbare Lohndiskriminierung. Sie hat die unmittelbare Lohndiskriminierung abgelöst.

Zwar sind Leichtlohngruppen seit 30 Jahren abgeschafft, aber die Statistiken bestätigen mit Regelmäßigkeit, dass die Frauen in Deutschland gegenüber den Männern weniger verdienen.

In Europa bezahlen nur noch Zypern, die Tschechische Republik, die Niederlande, die Slowakei, Österreich und Estland ihre Frauen schlechter.

Es muss endlich gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit gezahlt werden.

Es darf auch nicht sein, dass technische Berufe allein den Männern als zukunftsweisend ausgewiesen werden.

Die Politik ist hier gefordert. Das muss auch Frau Von der Leyen auch vor der eigenen Haustür kehren.

In der Metallindustrie haben wir einiges erreicht. In den neu eingeführten Entgeltrahmenabkommen ERA wurden gleichstellungspolitische Gesichtspunkte eingeführt.

Damit die Entgeltungleichheit verschwindet, müssen Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden.

Wir wollen, dass Kinder in dieser Gesellschaft Bildungs- und Betreuungseinrichtungen bekommen. Fehlende Kinderbetreuung ist ein gesellschaftliches Strukturproblem, aber es wird den Frauen als privat individuelles Problem aufgebürdet.

Ehrenamtlich, dass ist es, was wir viel leisten. Familienarbeit erfährt aber bis heute keine angemessene Wertschätzung. Deswegen brauchen wir einen deutlichen Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungen, eine flexible ganztägige Betreuung, nicht von 8:00 bis 12:00 Uhr, kostenlos, dies gilt für alle, vor allen Dingen für die vielen Frauen, die Hartz IV-Empfängerinnen sind, kostenlose Betreuung für Kinder.

Frauen wollen Erwerbstätigkeit, erwerbstätig sein, doch in der Krise sind sie die ersten, die wieder hinten runter fallen.

Auch Arbeitszeitmodelle müssen sich an den Bedürfnissen aller Beschäftigten orientieren. Jetzt in der Krise, wo Kurzarbeit blüht, ist es auf einmal kein Problem, dass die Arbeitszeit verkürzt wird. Doch in der Hochkonjunktur ging es nur darum, Überstunden zu machen, um die hohe Auftragslage zu bewältigen.

Dies waren keine Modelle, die Familienarbeit berücksichtigen.

Dies waren auch keine Modelle, die den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen fördern.

Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, die ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben herstellen. Dies nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer.

Trotz vieler arbeitsloser Männer wurde die Arbeit immer mehr unter wenigen verteilt.

Überstunden, Flexibilität nach betrieblichen Belangen, Verdichtung der Arbeit. Das war es, was wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Wir aber wollen eine Arbeitszeitpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert, die die Beschäftigten kürzer arbeiten lässt und somit Familie und Beruf vereinbart.

Berufliche Chancengleichheit muss auch für uns Frauen gelten.

In deutschen Chefsesseln sind Frauen notorisch unterbesetzt. Dies gilt auch für politische Ämter, wohl in der Privatwirtschaft wie auch im Öffentlichen Dienst und der Wissenschaft.

In der Privatwirtschaft sind nur zwischen 21 und 24 % der Führungspositionen mit Frauen besetzt.

Es gibt aber die best ausgebildete Generation von Frauen im Jahr 2009. Zu gleichen Karrierechancen gehört auch gleichberechtigte Teilhabe an betrieblichen Weiterbildungsangeboten.

Auch in Teilzeit beschäftigte Menschen, überwiegend Frauen, müssen Weiterbildungsmöglichkeiten haben.

Und nicht zuletzt muss es eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen geben.

Wir brauchen dazu ein anderes Sozial- und Steuersystem, eines, das Männer und Frauen gleichbehandelt mit oder ohne Trauschein, wir benötigen die Individualbesteuerung beider Eheleute und nicht das Ehegattensplitting.

Das Sozialsystem ist heute auf den Vollzeitbeschäftigten, meist männlichen Arbeitnehmer, ausgerichtet. Frauen müssen ein Recht darauf haben, ihre Existenz selbst zu sichern, ob mit oder ohne Kinder, ob verheiratet oder unverheiratet, vom Berufsleben bis in die Rente.

Der Niedriglohnsektor muss abgeschafft werden, da dort 70 % der Beschäftigten Frauen sind. Damit können sie keine Existenz sichern, deswegen fordern wir als Gewerkschaftsfrauen auch den Mindestlohn.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht zunehmen, denn dann sind es wieder die Frauen, die benachteiligt sind.

Die Rente mit 67 muss abgeschafft und Frauen müssen eine Rente haben, die sie nicht im Alter noch einmal zusätzlich in die Armut bringt.

Das ist unsere Botschaft am Internationalen Frauentag.

Um das durchzusetzen, brauchen wir vor allen Dingen auch die Männer als Unterstützer, denn auch Männer wollen sich die Last des Alleinernährers mit einer Partnerin teilen.

Auch Männer wollen eine gerechte Entlohnung.

Auch Männer wollen ein soziales Steuer- und Sozialsystem.

Auch Männer wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in allen Bereichen unserer Gesellschaft.

Lilo Rademacher

08.03.2009